



Kinder und Schwangere sollen nach dem Willen des Bundesrates vor Tabakqualm im Auto geschützt werden. Wer in ihrem Beisein weiter raucht, soll Bußgelder von 500 bis

3000 Euro zahlen, heißt es in einem am Freitag von der Länderkammer beschlossenen Gesetzentwurf. Das Bundesnichtraucherschutzgesetz soll der Länderinitiative zufolge entsprechend geändert werden. Das Rauchverbot soll bei Verkehrskontrollen überwacht werden, vergleichbar mit dem Handyverbot am Steuer. Weltweit würden jährlich 166.000 Kinder an den Folgen des Passivrauchens sterben, heißt es in der Begründung des Gesetzesentwurfs. Gerade in Fahrzeugkabinen seien Minderjährige und ungeborene Kinder den Gefahren einer gesundheitlichen Schädigung besonders ausgesetzt: Nach Schätzung des Deutschen Krebsforschungszentrums sei derzeit rund eine Million Minderjähriger in Deutschland Tabakrauch im Auto ausgesetzt.afp, foto-

[Justin McIntosh](#)

, Wikimedia.